

FDP
Die Liberalen



SCHAFFHAUSER FREISINN

Schaffhausen Sessionsbericht	2/3/4/5 7	Nachruf Pankraz Freitag ENHK-Gutachten	8 9	Sicherheitspolitik Einheitskasse	14 15	Unter Freisinnigen Abstimmungen	16 17/18/19/20/21
---------------------------------	--------------	---	--------	-------------------------------------	----------	------------------------------------	----------------------

12. Jahrgang / Erscheint viermal jährlich / Offizielles Organ der FDP. Die Liberalen Schaffhausen

Inhalt

Eine gemässigte Erhöhung ist angebracht

100 Franken pro Jahr für die Benutzung der Nationalstrassen. Die Delegierten der FDP stimmten der Erhöhung des Vignetten-Preises zu. Rund 387 Kilometer können dank der Erhöhung neu ins Nationalstrassennetz aufgenommen und somit aufgewertet werden. Die über die Erhöhung generierten Gelder sind dringend nötig, um Engpässe zu beseitigen.

Seite 17

Kein sozialistisches Lohndiktat

Weniger für alle – das wird das Ergebnis sein, sollte das Stimmvolk Ende November die schädliche 1:12-Initiative annehmen. Nationalrat Ruedi Noser erklärt im «Freisinn» die gefährlichen Folgen und zeigt auf, warum die Schweiz ein solche strikte Regelung nicht braucht.

Seite 19

Kein Bruch mit dem bewährten Steuersystem

Ein Steuerabzug ist in der Schweiz nur möglich, wenn ein entsprechender Lohn erarbeitet wird und für die Erwerbstätigkeit gewisse Ausgaben anfallen. Mit diesem bewährten System will die SVP-Familieninitiative brechen. Im «Freisinn» zeigt Nationalrat Peter Schilliger die Fehler der Initiative auf.

Seiten 20 und 21

Erneuerung von innen heraus

Harald Jenny, Parteipräsident FDP Kanton Schaffhausen

Die FDP Schaffhausen ist nicht mehr die alte. Das haben nur die «ewigen Meckeri», welche die Partei aus sicherer Distanz kritisch beargwöhnen, noch nicht gemerkt. Die Erneuerung im Inneren macht grosse Fortschritte. Wer sie noch nicht sehen kann, ist aufgerufen, sich selbst zu überzeugen. Zum Beispiel an der nächsten Parteiversammlung. Siehe www.fdp-sh.ch/agenda. Oder am nächsten Sessionsapéro. Wie bitte, gibt es den Sessionsapéro wieder? Ja natürlich! Das nächste Mal am Freitag, 13. Dezember 2013, 18.00 Uhr im Theaterrestaurant Schaffhausen, wie zu guten alten Zeiten. Erster Referent ist Hans Altherr, der erfahrene freisinnige Ständerat aus Appenzell Ausserrhoden, den die Besucher der Reiatagung bereits persönlich kennen gelernt haben. Oder vielleicht ist die folgende Information schon bis zu Ihnen gelangt: Die Delegiertenversammlung der Schweizer FDP findet am kommenden 29. März 2014 in Schaffhausen statt. Wir freuen uns über diese Top-Möglichkeit der PR für die Partei!

Es tut sich also etwas in der FDP. Alte Gräben werden zugeschüttet. Manchmal zwar noch zaghaft, aber immerhin. Neue Prioritäten werden gesetzt. Es wird wieder Stellung bezogen, und es wird wieder kommuni-

ziert. Jetzt fehlt nur noch eins: dass auch wieder FDP gewählt wird. 2015 ist gar nicht mehr so weit weg. Ich freue mich jetzt schon darauf, dass die Schaffhauser wieder einen Freisinnigen nach Bern schicken. Die Zeit des Sichduckens ist vorbei. Wir stehen wieder hin, für unsere liberalen Werte, für unseren Kanton, für unser Land. Liebe Schaffhauser, geht an die Urnen. Liberale Schaffhauser Persönlichkeiten sollen wieder in Bern mitgestalten!

Wir gewinnen nicht mit Steuererhöhungen. Aber wir gewinnen mit Kreativität, wir gewinnen mit Mut, das Unkonventionelle zu wagen. Vielleicht müssen wir unser Spital mit Singen fusionieren. Vielleicht müssen wir Top-Leute aus der Verwaltung abbauen und in Schaffhauser Firmen transferieren. Vielleicht müssen wir uns das neue Sicherheitszentrum ganz abschminken, die Schulen kantonalisieren und alle Gemeindeverwaltungen zusammenlegen. Ich hoffe zwar nicht, dass es so radikale Einschnitte braucht, um «fit for the future» zu werden. Aber wer sich nicht von selbst, aus eigenem Antrieb bewegt, wird irgendwann von aussen bewegt, und dann meist in eine Richtung, die ihm nicht passt. Gestalten wir die Zukunft also selber, liebe Schaffhauserinnen und Schaffhauser, bevor wir von andern oder von den Umständen dazu gezwungen werden. Wenden wir unseren liberalen Grundsatz auch dann an, wenn es weh tut:



mehr Freiheit, weniger Staat. So findet unser Kanton, so findet unsere Partei zur alten Stärke zurück.

Die ersten Schritte sind getan. Es gibt viele Möglichkeiten, den Aufbruch der FDP zu unterstützen. Wenn Sie gut formulieren können, dann schreiben Sie Leserbriefe. Wenn Sie gut verdienen, dann arbeiten Sie finanziell mit. Wenn Sie gern organisieren, dann melden Sie sich bei mir! Und wenn Sie gern networken, animieren Sie andere dazu, der FDP beizutreten. Es gibt viele freisinnig eingestellte Schaffhauser, deren liberale Überzeugung nicht gelitten hat und die nur darauf warten, einer erstarkten FDP an der Urne wieder Vertrauen zu schenken. Diesen Schaffhausern sind wir es schuldig, weiterhin eine klare, freisinnige Politik zu machen.

Ich danke Ihnen, sehr geehrte Leserinnen, sehr geehrter Leser, herzlich für Ihren persönlichen Einsatz zu Gunsten eines prosperierenden Kantons und einer starken FDP Schaffhausen.

Warum Volksinitiativen wie 1:12 ein gestörtes Verhältnis zum Wert der Arbeit enthüllen

11 gegen 1 – oder die Lust an der Arbeit

Peter Hartmeier

Die Schweiz liegt für Jungsozialisten offensichtlich nicht mitten in Europa: In ihren Augen residieren wir abgeschottet und reich auf einem Eiland. Deshalb sollen wir uns Experimente wie eine 1:12-Initiative leisten, deshalb haben sie Sympathien für einen staatlich definierten Mindestlohn oder ein «bedingungsloses Grundeinkommen».

Hinter diesen unterschiedlichen Initiativen steckt eine gemeinsame Geisteshaltung, welche die Arbeit einseitig interpretiert: Arbeit ist für die Initianten schlecht bezahlte Mühsal, die zu Burn-out und Selbstmord führt. Deshalb müssen Arbeit und Lohn reguliert werden.

Diese Initiativen sind nicht nur volkswirtschaftlich problematisch, sondern sie enthüllen ein trauriges Menschenbild: Sie verkennen die explosive Lust des einzelnen Menschen an seiner Arbeit und damit auf seinen individuellen Lohn – losgelöst von einer staatlichen Regelung.

Arbeit in einer hochentwickelten Gesellschaft setzt die Fähigkeit vor-



Peter Hartmeier, Publizist und Berater, Partner Lemongrass Communications AG Zürich, ehemaliger Chefredaktor des «Tages-Anzeigers» und Kommunikationschef von UBS Schweiz, Vorstandsmitglied FDP Kanton Schaffhausen.

aus, die eigenen Talente zu entdecken, sie zu schulen, sie in der Praxis zu perfektionieren, dabei gelegentlich auf die Zähne zu beißen, durchzuhalten und entsprechend dafür bezahlt zu werden.

Die Lust an der Konkurrenz trieb und treibt nicht nur edle Schöpfer wie

Mozart im Wettbewerb mit Salieri an, sondern auch uns Durchschnittsmenschen. Die Gesellschaft mit wenig Regulierungen ist deshalb farbiger und fröhlicher und bringt überraschendere Leistungen hervor.

Der neue Präsident der Economie-suisse, Heinz Karrer, hat Recht, wenn er den Initianten Kenntnis und Erfahrung im internationalen Umfeld abpricht. Wer mit Exponenten der Wachstumsstaaten in Asien und Lateinamerika zusammenarbeitet, erlebt diese Lust an der Arbeit. Und diese gut ausgebildeten Menschen sind es, die Tag für Tag mit uns konkurrieren.

Vor allem die Finanzbranche glaubte über Jahre hinweg, tüchtige Mitarbeiter lediglich über komplizierte Boni-Systeme motivieren zu können: Inhalt der Arbeit und persönlicher Ehrgeiz wurden ausschliesslich auf Geld reduziert; deshalb tragen diese Unternehmen eine Mitverantwortung für die pessimistische Arbeits-Interpretation der Linken, die sich in diesen Initiativen niederschlägt

Arbeit ist mehr als Geld verdienen

Auch wenn die Jusos diese Prognose

nicht gerne hören: In der jungen Generation wird ihre Initiative (genauso wie das «bedingungslose Grundeinkommen») am stärksten abgelehnt werden – nicht wegen einer Bonusgerigen nachwachsenden Generation, sondern weil im jugendlichen Alter Arbeit, Kreativität, Anwendung der eigenen Talente und damit auch Karriere lust keine Regularien ertragen.

Ein Gesetz, das einen Mindestlohn vorschreibt, behindert den Berufsstart für junge Leute und drängt Arbeitslose in die Hängematte des Sozialstaates: Sie werden ihrer Talente verlustig gehen.

Talent-Entfaltung und Lebensfreude im Beruf setzen eine gewisse Risikobereitschaft voraus, welche diese Initiativen den Menschen absprechen.

Die Diskussion, welche die Jusos angestossen haben, ist wichtig: Auch Liberale müssen sich der Forderung nach Gerechtigkeit stellen. Keine dieser Initiativen macht die Gesellschaft gerechter – hingegen mahnen sie jeden Geldverdienenden, sich zu überlegen, ob er genug tut für jene, denen es schlechter geht.

Wie gefährlich ist die Schuldenbremse wirklich?

Till Hardmeier, Mit-Initiant und Grossstadtrat Schaffhausen

Im Sommer 2012 wurde die Volksinitiative von FDP und Jungfreisinn «Eine Schuldenbremse für die Stadt Schaffhausen» mit 777 Unterschriften eingereicht. Seither ist sie immer wieder ein heisses Gesprächsthema. Antworten auf die wichtigsten Fragen:

Ist die Schuldenbremse wirklich nötig?

Ja, wir geben mehr Geld aus als wir haben, darum steigen die Schulden. Wie im Privatleben, wo wir nicht ein Haus und ein Auto kaufen und in die Ferien gehen, müssen wir uns fragen:

Ist die Sanierung der KSS dringender als das Stadthausgeviert? Investieren wir in die Rheinufergestaltung oder ins Fussballstadion? Alles miteinander geht nicht.

Würgt die Schuldenbremse Investitionen ab?

Nein, sie sagt nur, wie viel man sich leisten kann und was entweder günstiger oder später gemacht werden muss. Für Notfälle lässt sie Ausnahmen zu.

Ist die Schuldenlimite von 20 Prozent der Gesamteinnahmen nicht unrealistisch tief?

Das entspricht dem Niveau von 2007

von rund 47 Mio. Franken, und damals war es kein Problem. Da heute rund doppelt so viel angehäuft worden ist, muss der Abbau auch über ein paar Jahre verteilt werden.

Ist der Gegenvorschlag von Stadtrat gut?

Momentan ist die Nettoverschuldung bei 2/3 der Limite der Stadtratsvariante. Wenn die Spezialkommission oder das Parlament keine Verschärfung beschliesst, ändert gar nichts: Es wird weiter mehr ausgeben, als man hat. Auch dass der Stadtrat die Regeln selber ändern kann in der Verordnung, ist unüblich. Der Gegenvorschlag ist jetzt nur ein zahnlöser Papiertiger.

Ist die Schuldenbremse ein Experiment?

Nein. Beim Bund, bei der AHV und diversen Kantonen wird die Schuldenbremse seit Jahren erfolgreich eingesetzt. Sie hält einem immer wieder den Grundsatz vor: Nur so viel ausgeben, wie wir haben.

Wann ist mit der Abstimmung zu rechnen?

Das hängt vom Stadtparlament ab, vermutlich aber früh im 2014. Wir freuen uns jetzt schon auf einen spannenden Abstimmungskampf! Unterstützen Sie uns!

Die falsche Botschaft

Christian Mundt

Schaffhausen findet Beachtung. Verschiedene Deutschschweizer Tageszeitungen haben kürzlich über unseren Kanton berichtet. Aber halt nicht so, wie wir Schaffhauser es gerne hätten. Thema der Berichte war die geplante Steuererhöhung unserer Kantonsregierung. Schaffhausen findet Beachtung – zumindest mit Negativ-Nachrichten. Zumindest, wenn es um Steuern geht. Von verschiedenen Personen, allesamt nicht im kleinen Paradies wohnhaft oder aus Kindstagen mit ihm verbunden, wurde ich auf die Steuererhöhungen angesprochen. Auch von Leuten, die sich sonst nicht sonderlich für Politik im Allgemeinen und noch weniger für die Schaffhauser Politik im Speziellen interessieren. Überraschend für mich war, dass ich dieses Schicksal offenbar nicht alleine teile. Auch andere Wegpendler, die jeden Morgen Auto oder Zug besteigen, um ausserhalb der Kantonsgrenzen für ihren Lebensunterhalt zu arbeiten, erzählten – teils auf meine Nachfrage hin – ähnliche Anekdoten.

Es ist schon speziell: Vor gut vier Jahren lancierte die Wirtschaftsförderung die Imagekampagne «Schaffhausen – ein kleines Paradies». Plakatkampagnen am Zürcher Haupt-



Christian Mundt, Vorstand JF SH und JF CH, Bundeshausredaktor in Bern.

bahnhof, Werbung im Radio, Inserate in Printmedien. Reaktionen auf die schönen Bildli und die gezeigte Idylle blieben aber weitgehend aus – zumindest ausserhalb unseres Kantons. Ausser den Schaffhausern diskutierte niemand über die Paradieskampagne! Die budgetierte halbe Million Steuerfranken hätte man also genauso gut sparen können.

In der Realität bestimmen natürlich nicht nur die Steuern, sondern ganz viele, verschiedene Faktoren die Wohnortwahl. Mietpreise, die Nähe zum Arbeitsplatz, das Freizeitangebot und so weiter. Vielleicht zieht auch jemand wegen der Landschaft an einen bestimmten Ort. Wobei wohl eher in die Berge oder ins Tessin als

nach Schaffhausen, aber man weiss ja nie. In der Realität zeigt sich aber auch, dass Standortwerbung – und das will unsere Regierung, um neue Leute nach Schaffhausen zu locken – vor allem über das Thema Steuern läuft. Wann fand Obwalden Beachtung? Als es das Steuersystem radikal vereinfachte und die Steuern senkte. Was wissen wir von Zug? Dass die Steuern tief sind. Warum gehört Jura zu den undynamischsten Kantonen? Die Antwort gibt der Steuerfuss!

Es liegt in der Natur der Sache, dass es für Regierungen einfacher ist, Steuergelder zu verteilen als einzusparen. Weniger ausgeben heisst automatisch auch Verzicht. Und wer will schon auf etwas verzichten? Auf etwas Liebgewonnenes? Die Erfahrung, egal ob aus anderen Kantonen oder anderen Ländern, lehrt uns aber das Gegenteil. Weniger Steuern und mehr Verzicht bei staatlichen Aktivitäten führen mittel- und langfristig zu mehr Erfolg. Wieso? Ganz einfach: Jeder Steuerfranken, der nicht via Staat ausgegeben wird, bleibt beim Bürger. Dieser kann damit investieren. Wertschöpfung entsteht. So gedeiht Wohlstand.

Mir ist es egal, ob Schaffhausen Beachtung findet oder nicht. Mir gefällt es im kleinen Paradies. Und es wird auch nicht schöner, nur weil Zü-



rich und die übrige Schweiz auch noch weiss, dass es bei uns schön ist. Schaffhausen braucht darum keine Imagekampagnen. Schaffhausen braucht eine Politik, die begreift, dass Steuern mehr sind als nur ein Mittel, um einer Milchbuebli-Rechnung gleich die Einnahmen zu erhöhen, dass die Ausgaben gedeckt sind. Steuern sind ein Signal. Ein Signal dafür, wie bürgerfreundlich ein Ort ist. Wäre Schaffhausen steuerlich attraktiv, würden weniger Menschen mit dem Erklimmen der Karriereleiter und entsprechender Steigerung ihres Einkommens davonziehen. Die jungen Schaffhauser würden hier bleiben. Erreicht Schaffhausen bei den Steuer-
vergleichen dereinst einmal vordere statt hintere Ränge: Es würde auch Beachtung finden. Jene Beachtung, die es verdient hätte.

Alternativen zum fatalen Steuererhöhungsvorschlag der Regierung gefordert

FDP setzt an Reiatagung klares Zeichen für Schaffhausen

Über 60 Teilnehmer haben am Samstag, 14. September 2013, an der gut besuchten Reiatagung der FDP Schaffhausen in Stetten über die zukünftige Entwicklung des Kantons Schaffhausen debattiert und ein klares Zeichen gegen Steuererhöhungen, für Strukturbereinigungen und für schlankere Prozesse gesetzt.

Die Partei verlangt von der Regierung die Prüfung einer Ausgabenreduktion von bis zu 60 Mio. Franken im Rahmen des Nachtragskredits für das Entlastungsprogramm 2014. Und sie will 2015 wieder ein nationales Mandat in Bern zurückerobern.

Parteipräsident Harald Jenny eröffnete die Versammlung mit einem Paukenschlag. Er beurteilte den Sparvorschlag der Regierung von 20 Mio. als ungenügend und zeigte in Analogie zur Wirtschaft auf, was unternommen werden muss, um die 40 Mio. Franken

des Entlastungsprogramms 2014 ohne Steuererhöhung einzusparen. «Wenn wir 40 Mio. einsparen wollen, müssen wir auf 60 Mio. zielen», machte er unmissverständlich klar, um zu ergänzen: «Wenn wir schon einen Nachtragskredit von 500 000 Franken für das Ent-

lastungsprogramm sprechen müssen, dann wollen wir auch Resultate sehen».

Wie es wirklich um die Entwicklung der Region Schaffhausen steht, legte Ueli Jäger als Mitglied der Wirt-

Fortsetzung auf Seite 4

Wie Schaffhausen in Zürich wahrgenommen wird – oder

«Muss der Schaffhauser Bock zum Psychiater?»

Till Hardmeier, Grossstadtrat, pendelt als Projektleiter von Schaffhausen nach Zürich

Als Schaffhauser ist man stolz auf seinen Kanton, die Einwohner der Stadt verstehen sich als Kantonshauptortbewohner, die Hallauer als Hallauer. Der Rhein und der Randen sind schön und wir haben den Munot und die IWC. Man liest die Lokalzeitungen, hat ein eigenes Radio und Fernsehen und einen Halbstundentakt nach Zürich. Nur ab und zu knirscht es im Gebälk des Mikrokosmos: Weil die Spitex zwangsfusioniert wird, die KBA Hard das Steuergeld verbraten hat oder der Kanton trotz ESH3 die Steuern um 6 Prozent erhöhen will.

Von aussen betrachtet wohnen in unserem ganzen Kanton ein Drittel weniger Leute als in der Stadt Winterthur, oder Uster ist so gross wie die Stadt Schaffhausen. Wir sind ein Zwerg. Viele Zürcher wissen deshalb nur wenig über Schaffhausen und wenn, dann meist Negatives. Ältere Personen erinnern sich an eine Neonaziszene in Schaffhausen, jüngere



Till Hardmeier, lic. oec. publ., Grossstadtrat, Vorstandsmitglied FDP Stadt SH.

blättern in der Zeitung «20 Minuten» und schmunzeln über die Rollstuhlfahrerin im N4-Tunnel oder lesen die Polizeimeldungen zum Selbstmord in Neuhausen und dem Vatermord in Beringen. «Schaffhausen hat doch schon hohe Steuern, und jetzt wollen sie die nochmal erhöhen», weiss ein Familienvater, der ein Haus in Pendeldistanz kaufen möchte. Dass die Miet- und Immobilienpreise eher günstig sind im Vergleich zum Kanton Zürich,

weiss er hingegen nicht. «Weisst Du, was Schaffhauser Knie sind?», fragt mich ein Arbeitskollege. Nein. Er klärt auf: «Es sind krumme Beine oder hässliche Knie bei Frauen, vermutlich wegen der Ähnlichkeit zu den Rheinkurven.»

In der Psychologie sagt man, dass das Selbstbild das Verhalten eines Menschen steuert. Wenn es zu stark vom Fremdbild abweicht, entstehen Probleme, und der Psychiater muss eingeschaltet werden. Unser Selbstbild ist vermutlich zu positiv – und das Fremdbild zu negativ. Anstatt einen Psychiater brauchen wir deshalb weniger News in den nationalen Medien – weniger Polizeimeldungen wären eine erste Massnahme. Wenn Schaffhausen auffallen will wie mit der Kampagne «Ein kleines Paradies», dann darf das nicht mit einem Schaffhauser Mind-Set gemacht werden. Die gelben Aushänge im Tram hat niemand beachtet, die Plakate «zeig mir Dein erstauntes Gesicht» oder «Hochzeit auf dem Rheinfallfelsen» am HB sind nur Schaffhausern aufgefallen. Es wurde viel Geld für eine unbeach-

tete Kampagne ausgegeben. Besser man macht es umgekehrt: mit wenig Geld viel Aufmerksamkeit erlangen. Passanten haben 2012 eine Haifischflosse im Rhein gesichtet – die Nachricht war in allen Medien und stellte sich als Werbung für ein Theaterstück heraus. So geht das. Auch beim Sparen kann man unkonventionelle Ideen anschauen: Jeder beim Kanton soll 2 Wochen unbezahlten Urlaub nehmen können – funktioniert bei Banken prima, weil die Arbeitslast tragbar ist und die Kosten 3 bis 4 Prozent sinken. Solche News müssen in die Welt hinaus, nicht die von 6 Prozent Steuererhöhungen.



Fortsetzung von Seite 3

schaftsförderung in einem Grundlagenreferat dar. Er stützte sich dabei nicht auf vage Annahmen, sondern auf statistische Daten und konnte damit aufzeigen, dass die Steuerannahmen von natürlichen Personen seit 2003 trotz Steuerfusssenkung um 19 Prozent gestiegen sind. Bei den juristischen Personen beträgt der Anstieg gar 25 Prozent. Die Ursache der momentanen Finanzlage des Kantons ortet Ueli Jäger deshalb auch nicht auf der Einnahmenseite, sondern bei den Aufgaben. Diese sind nämlich im gleichen Zeitraum schlicht noch stärker angestiegen als die Einnahmen (nämlich um 42 Prozent bei der Gesundheit, 38 Prozent bei der sozialen Wohl-

fahrt und 33 Prozent bei Polizei und öffentlicher Sicherheit). Hier gilt es, die Bremse anzusetzen.

Ob es möglich ist, die kantonalen Finanzen durch eine Strukturbereinigung zwischen Kanton und Gemeinden zu sanieren, war eine der Hauptfragen an Marianne Dürst, Regierungsrätin Kanton Glarus. Sie legte dar, dass der Kanton Glarus sich im Jahr 2004 in einer noch viel desolateren Situation befand, als dies der Kanton Schaffhausen heute ist. Etliche Gemeinden waren damals faktisch zahlungsunfähig und deshalb handlungsunfähig. Diese aussichtslose Lage stellte sich aber als guter Nährboden für mutige Lösungen heraus,

woraus schliesslich die Zusammenlegung von 25 zu drei Gemeinden fruchtete. Laut Marianne Dürst hatten Kanton und Gemeinden durch den Strukturwandel die Chance, Aufgaben zu entflechten und alte Zöpfe endlich abzuschneiden. Daraus resultiert eine effiziente und damit kostengünstige Verwaltung. Nötig für die erfolgreiche Umsetzung sei aber unbedingt eine sehr aktive Kommunikation seitens der Regierung und der Einbezug von gut verankerten Meinungsmachern statt externen Experten. Die Glarner Gastreferentin machte in ihrem Schlusswort bewusst, dass Gemeindefusionen zwar kein Patentrezept gegen finanzielle Probleme seien,

der Kanton Glarus aus heutiger Sicht aber ganz klar davon profitiert habe.

Die aufgeworfenen Themen wurden anschliessend in vier Gruppen vertieft behandelt. Dabei wurde klar, dass zur Lösung der aktuellen Probleme im Kanton Schaffhausen auch unkonventionelle und mutige Lösungen Platz haben müssen. Vielfach sind die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger nämlich weit reformfreudiger und offener für neue Ideen als die Parlamente, wie jüngstes Beispiel der SN-Umfrage zur Zusammenlegung von EKS und städtischen Werken zeigte. Themen wie Gemeindefusionen brauchen

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Was mich beschäftigt

Unkontrolliertes Bevölkerungswachstum

Harald Jenny

Das Bevölkerungswachstum und die hohe Einwanderung in die Schweiz beschäftigen mich. Überfüllte Züge, Staus auf den Autobahnen, Verlust von Kulturland durch galoppierende Überbauung – all das sind Zeichen von unkontrolliertem Wachstum. Bei der Einwanderung aus Staaten, die nicht der EU oder EFTA angehören (Drittstaaten), sind eindeutig zu hohe Zahlen zu verzeichnen. All diese Personen können von unseren Sozialwerken profitieren: 45,7 Prozent der Sozialhilfebezüger sind Ausländer (31,5 Prozent aus Drittstaaten und 13,2 Prozent aus EU-27- und EFTA-Ländern). Trotzdem unternehmen Bund und Kantone nichts, um die hohe Einwanderung, insbesondere aus Drittstaaten, einzuschränken. Bei der Einwanderung aus der EU über die Personenfreizügigkeit ist aus meiner Sicht eine restriktivere Umsetzung des Freizügigkeitsabkommens vonnöten und auch möglich. Nach wie vor sind in der Asylpolitik Vollzugsprobleme vorhanden. In allen drei Bereichen – Einwanderung aus der EU, aus Drittstaaten und Asylpolitik – muss die FDP mit konkreten Massnahmen und



Harald Jenny, Präsident FDP Kanton Schaffhausen, Dr. phil. II/Physiker, Unternehmer, Mitglied Regionalkonferenz Südranden.

Vorstössen Druck machen. Dies gerade deshalb, weil sich die FDP voll für den Erhalt der Personenfreizügigkeit engagiert, die Teil des bewährten bilateralen Weges ist. Dieser Weg muss für unsere Wirtschaft und unseren Wohlstand auch in Zukunft gewährleistet sein. Aber um die Akzeptanz der Personenfreizügigkeit bei der Bevölkerung weiterhin zu gewährleisten, sind dringend konkrete Verbesserungsvorschläge zu formulieren und zu implementieren. Mit konkreten Forderungen im Bereich der Personenfreizügigkeit sowie des übrigen Ausländerrechts muss sich die FDP für eine pragmatische Einwanderungspolitik stark machen, welche Integrationsbemühungen fördert, Missbräuche verhindert und negative Auswirkungen wirkungsvoll bekämpft. Ich bin der Ansicht, dass sich Einwanderer aus EU-Staaten, die in der Schweiz Arbeit suchen, finanziell selbst tragen müssen. Zudem muss eine Einschränkung des Familiennachzugs aus Drittstaaten geprüft werden. Die Integrationsfähigkeit von Zuwanderern, das Abschliessen und Einhalten von Integrationsvereinbarungen sowie ein gesichertes Einkommen für die Familie ohne staatliche Unterstützung sind aus meiner Sicht zwingende Faktoren für einen Aufenthalt in der Schweiz. Eine harte, aber faire Einwanderungspolitik ist nötig: Ich lehne eine Politik der offenen

Grenzen ebenso ab wie eine von Angst beherrschte Isolationspolitik.

Konkrete Ansatzmöglichkeiten

Schon 2011 bekannte sich die FDP mit einem Positionspapier zu einer harten, aber fairen Ausländer- und Asylpolitik. Jetzt gilt es, weitere Schritte zu tun. Dabei ist eine ganze Reihe von Massnahmen denkbar. Konkret bin ich aus eigener Erfahrung der Meinung, Bewilligungen seien nicht zu verlängern oder zu widerrufen, wenn Sozialhilfeleistungen zur Bewältigung des Lebensunterhalts beansprucht werden müssen. Neueingereiste sind eventuell gar von der Sozialhilfe auszuschliessen. Vor Erteilung einer erstmaligen 5-Jahres-Bewilligung sollte dringend geprüft werden, ob die konkreten Voraussetzungen für ein Arbeitsverhältnis von mindestens einem Jahr gegeben sind. Bei Arbeitsverträgen unter einem Jahr sollte die Bewilligung auf die Dauer des Arbeitsverhältnisses befristet werden, was heute nicht der Fall ist. Bei zweifelhaften Arbeitsverhältnissen sollten vom Schweizer Arbeitgeber Sicherheiten für die Einhaltung des abgeschlossenen Arbeitsvertrages verlangt werden können. Erstmalige 5-Jahres-Bewilligungen sollten nach Ablauf nicht automatisch in Niederlassungsbewilligungen umgewandelt werden: Bei beruflichen oder sozialen Integrationsrisiken sollte die bisherige Bewilligung lediglich verlängert werden. Im Bewilligungsverfahren wären nicht nur die Bereitschaft, sondern auch die Fähigkeit zur Integration zu prüfen, und über Bewilligungsgesuche von Familien sollte im Rahmen eines Gesamtentscheids befunden werden. Beim Familiennachzug von Personen aus Drittstaaten, die eher über ein niedriges Bildungsniveau verfügen oder sozio-ökonomisch benachteiligt sind, ist aus meiner Sicht der Abschluss und die Einhaltung von Integrationsvereinbarungen Pflicht. Werden die vereinbarten Integrationsziele nicht erreicht, ist die erteilte Bewilligung zu widerrufen. Auch muss

aus meiner Sicht eine um Familiennachzug ersuchende Person zwingend über genügend finanzielle Mittel, genügend Wohnraum und ein gesichertes Einkommen verfügen, um den nachziehenden Familienmitgliedern ein würdiges Leben ohne staatliche Unterstützung zu gewährleisten. Selbst wenn es hart klingt, ist die Praxis, wonach Familienangehörige von vorläufig Aufgenommenen nach deren meist illegaler Einreise ohne weiteres in die vorläufige Aufnahme eingeschlossen werden, aufzugeben. Mit solchen und weiteren Massnahmen muss es gelingen, die Problematik der unkontrollierten Zuwanderung ohne Aufgabe der Personenfreizügigkeit in den Griff zu bekommen.

Aufruf zum Handeln

Die FDP tut gut daran, sich über das Thema Migration aktiv Gedanken zu machen und sich gezielt für eine Entschärfung der Situation im Rahmen der bilateralen Verträge einzusetzen, da diese sonst durch den wachsenden Unmut der Schweizer Bevölkerung über die Einwanderung akut gefährdet sein könnten – was einem GAU für die Schweizer Wirtschaft gleichkäme. Der im Mai 2013 von der FDP Delegiertenversammlung verabschiedete Aktionsplan für eine pragmatische Einwanderungspolitik ist dringend in einer breiten Öffentlichkeit zu diskutieren. Er zeigt im Detail auf, wie Integration gefordert und gefördert, Missbrauch verhindert und negative Auswirkungen abgefedert werden können.

aber einen viel stärkeren Einbezug der Bevölkerung und eine weit bessere Kommunikation als in der Vergangenheit. Weiter sind sich die FDP-Mitglieder auch einig, dass der Beizug von Experten selten einen Mehrwert bringt und vielfach nur einen Haufen kostet.

Keinen Zweifel liess die Versammlung an ihrer Entschlossenheit aufkommen, 2015 mindestens eines der beiden verlorenen Mandate in Bern wieder zurückzuerobern. In einem launischen Fragen-Antwort-Spiel entlockte Jenny den beiden Parlamentariern aus Appenzell Ausserrhoden, Ständerat Hans Altherr und Nationalrat Andrea Caroni, die Geheimnisse einer erfolgreichen Kandidatur für Bern.